

Anlage 2

Appell der Städte zur Unterstützung des Hiroshima-Nagasaki-Protokolls

Indem uns bewusst ist, dass dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen zufolge „im Jahr 2008 erstmals in der Geschichte mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in größeren Orten und Städten leben wird“; und dass die Weltunion der Städte und lokalen Regierungen (United Cities and Local Governments, UCLG) von den Vereinten Nationen als Stimme der Städte weltweit anerkannt wird;

Indem wir in dieser Hinsicht besonders Notiz nehmen von der Unterstützung, die in der Erklärung des zweiten Weltkongresses der Weltunion der Städte und lokalen Regierungen, 2007 in Jeju (Jeju Declaration) zum Ausdruck kommt für die „Kampagne der Mayors for Peace, die die internationale Gemeinschaft dazu aufruft, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten“;

Indem wir feststellen, dass, während das Übereinkommen zu biologischen Waffen wie auch das Chemiewaffenübereinkommen den Erwerb solcher Massenvernichtungswaffen ausnahmslos untersagen, der Atomwaffensperrvertrag (NPT) lediglich fünf „Nuklearwaffenstaaten“ vom Verbot des Erwerbs von nuklearen Waffen ausnimmt;

Indem wir hervorheben, dass die oben erwähnten Ausnahmen niemals auf Dauer ausgelegt waren, da alle Staaten verpflichtet wurden, „in Treu und Glauben Verhandlungen zu effektiven Maßnahmen im Hinblick auf [...] nukleare Abrüstung zu führen“;

Indem wir daran erinnern, dass im Jahr 2005 in einer Erklärung der Mayors for Peace, die auf einer Resolution der US-Konferenz der Mayors basierte und die von 575 Bürgermeistern weltweit unterzeichnet worden war, an die Vertragspartner des NPT appelliert wurde, einen Beschluss zu fassen für die Aufnahme von Verhandlungen zur Eliminierung von nuklearen Waffen und waffengeeignetem spaltbarem Material, und dass diese Resolution dem Vorsitzenden der NPT-Überprüfungskonferenz im großen Sitzungssaal der UN-Generalversammlung vorgelegt wurde;

Indem wir besorgt darüber sind, dass nicht nur die NPT-Überprüfungskonferenz des Jahres 2005 es nicht geschafft hat, eine Einigung zu irgendwelchen Beschlüssen zu erzielen, sondern auch darüber, dass keine Verhandlungen, egal welcher Art, in den Jahren seither stattgefunden haben, die uns dem Ziel der nuklearen Abrüstung näher bringen;

Indem uns bewusst ist, dass die Eliminierung aller nuklearen Waffen bis zum Jahr 2020 aufgrund dieses Mangels an Fortschritt und anderer widriger Entwicklungen schwieriger geworden ist, aber dennoch davon überzeugt, dass dieses Ziel noch immer erreichbar ist, wenn wir uns den Bemühungen in Treu und Glauben erneut widmen;

Indem wir von ganzem Herzen begrüßen, dass die 62. UN-Generalversammlung, beschlossen hat, mit den Vorbereitungen für ein UN-Jahrzehnt der Abrüstung, 2010-2020, zu beginnen;

Wir, die Unterzeichnenden, als gewählte Vertreter der Bürger unserer Städte
 - **appellieren** an alle Menschen, einen Beitrag zu leisten für die Vorbereitungen zum UN-Jahrzehnt der Abrüstung;

- **verpflichten uns**, unser Möglichstes zu tun, damit dies ein entscheidendes Jahrzehnt für die nukleare Abrüstung wird;

- **appellieren** an die Vertragspartner des NPT, sicherzustellen, dass der gegenwärtige Überprüfungsprozess des NPT die Basis legt für eine tatsächliche nukleare Abrüstung im Laufe des UN-Jahrzehnts der Abrüstung, und in diesem Sinne jeden Regierungschef dazu zu drängen, eine Regierungsabordnung zur Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 zu entsenden und an dieser Abordnung ebenfalls mindestens einen Vertreter der Städte der Nation zu beteiligen;

- **empfehlen** allen Staaten, nicht zuletzt unseren eigenen, das Hiroshima-Nagasaki-Protokoll (angefügt) unmittelbar als direktes Mittel für die Erfüllung hinsichtlich des durch den NPT bis zum Jahr 2020 gemachten Versprechens zu betrachten, wodurch die vom Internationalen Gerichtshof getroffene Verpflichtung, „Verhandlungen abzuschließen, die zu einer nuklearen Abrüstung führen in all ihren Aspekten unter strenger und effektiver internationaler Kontrolle“ eingehalten wird;

- **fordern** alle Staaten auf, das Hiroshima-Nagasaki-Protokoll unverzüglich anzunehmen und sich in Treu und Glauben zu verpflichten, der 65. Generalversammlung im September 2010 das ins Auge gefasste Nuklearwaffenabkommen oder eine Rahmenvereinbarung vorzulegen.
 (Unterschrift: [Bürgermeister, Stadtrat oder weiterer gewählter Vertreter der Kommunalbehörde

Klemens Koschig
 Oberbürgermeister
 der Stadt Dessau-Roßlau

Dr. Stefan Exner
 Vorsitzender des
 Stadtrates Dessau-Roßlau

Hans-Werner Pohl
 Vorsitzender der Fraktion
 der CDU des Stadtrates
 Dessau-Roßlau

Ralf Schönemann
 Vorsitzender der Fraktion
 Die.Linke des Stadtrates
 Dessau-Roßlau

Ingolf Eichelberg
 Vorsitzender der Fraktion
 der SPD des Stadtrates
 Dessau-Roßlau

Matthias Bönecke
 Vorsitzender der Fraktion
 Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM
 des Stadtrates Dessau-Roßlau

Dr. Holger Schmidt
Vorsitzender der Fraktion
Bürgerliste/Die Grünen
des Stadtrates Dessau-Roßlau

Dr. Jürgen Neubert
Vorsitzender der Fraktion
der FDP des Stadtrates
Dessau-Roßlau